

Beginn: 10:02 Uhr

Präsident André Kuper: Meine sehr geehrten Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich heiÙe Sie alle zu unserer 73. Sitzung des Landtags Nordrhein-Westfalen herzlich willkommen. Mein GruÙ gilt auch den Gästen auf der Zuschauertribüne sowie den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Medien.

Für die heutige Sitzung haben sich **vier Abgeordnete entschuldigt**; die Namen werden in das Protokoll aufgenommen.

Vor Eintritt in die Tagesordnung möchte ich im Nachgang zu Tagesordnungspunkt 3 der Plenarsitzung vom 15. November 2019 Frau Ministerin Scharrenbach auf die Einhaltung der parlamentarischen Ordnung hinweisen sowie eine nichtförmliche Rüge und einen Ordnungsruf aussprechen; die nichtförmliche Rüge betrifft Herrn Abgeordneten Wagner, der Ordnungsruf Herrn Abgeordneten Tritschler von der AfD-Fraktion.

Frau Ministerin Scharrenbach hat sich zu Beginn ihres Redebeitrags zu Tagesordnungspunkt 3 unparlamentarisch gegenüber einem Abgeordneten geäuÙert. Aus formalen Gründen kann ich ein Mitglied der Landesregierung nicht wie einen Abgeordneten rügen. Hätten Sie Ihre ÄuÙerung, die ich nicht wiederholen werde, als Abgeordnete getätigt, hätte ich Sie hierfür nichtförmlich gerügt. So kann ich nur darauf hinweisen, dass Ihre ÄuÙerung der Würde des Parlaments nicht angemessen war.

Herr Abgeordneter Wagner hat sich in seinem Redebeitrag zum gleichen Tagesordnungspunkt unparlamentarisch verhalten, indem er die Abgeordneten der übrigen Fraktionen in diesem Parlament in gleicher Weise beleidigt hat; auch hier werde ich die ÄuÙerung nicht wiederholen. Herr Kollege, ich ermahne Sie und bitte Sie, derartige ÄuÙerungen zukünftig zu unterlassen.

Herr Abgeordneter Tritschler wurde für eine Formulierung in seinem Redebeitrag zu Tagesordnungspunkt 3 der letzten Sitzung in Bezug auf die Oberbürgermeisterin von Köln bereits nichtförmlich gerügt.

Am Ende seines letzten Redebeitrags zu diesem Tagesordnungspunkt hat er die gerügte Formulierung nochmals bekräftigt. Dies stellt zudem einen VerstoÙ gegen § 36 Abs. 4 unserer Geschäftsordnung und damit gegen die parlamentarische Ordnung dar. Herr Kollege, ich rufe Sie zur Ordnung und fordere Sie auf, derartige ÄuÙerungen zukünftig zu unterlassen.

Ich rufe auf:

1 Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans des Landes Nordrhein-Westfalen für das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz 2020)

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7200
Drucksache 17/7800 (Ergänzung)

Beschlussempfehlungen und Berichte
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8000
Drucksache 17/8001
Drucksache 17/8002
Drucksache 17/8003
Drucksache 17/8004
Drucksache 17/8005
Drucksache 17/8006
Drucksache 17/8007
Drucksache 17/8008
Drucksache 17/8009
Drucksache 17/8010
Drucksache 17/8011
Drucksache 17/8012
Drucksache 17/8013
Drucksache 17/8014
Drucksache 17/8016
Drucksache 17/8020 – Neudruck

zweite Lesung

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7972

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7973

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7974

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7975

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7976

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7977

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7978

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7979

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7980

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7981

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7982

Und:

**Finanzplanung 2019 bis 2023 des Landes
Nordrhein-Westfalen**

Drucksache 17/7201

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8019

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer
Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2020)**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7203

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8018

zweite Lesung

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Regelung der Zuweisungen des
Landes Nordrhein-Westfalen an die Gemein-
den und Gemeindeverbände im Haushaltsjahr
2020 (Gemeindefinanzierungsgesetz 2020 –
GFG 2020) und zur Änderung des Stärkung-
paktgesetzes**

Gesetzentwurf
der Landesregierung
Drucksache 17/7202
Drucksache 17/7800 (Ergänzung)

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8017

zweite Lesung

Die Änderungsanträge werde ich bei den Einzelplänen nennen bzw. zur Abstimmung aufrufen.

Ich darf noch weitere Hinweise zum Ablauf der Beratungen geben: Das im Ältestenrat vereinbarte Beratungsverfahren mit der Reihenfolge der zu beratenden Einzelpläne und den vorgeschlagenen Redezeiten können Sie der Tagesordnung entnehmen.

Nach Beendigung der Aussprache über einen Einzelplan erfolgt die Abstimmung darüber. Liegt ein Än-

derungsantrag zu einem Einzelplan vor, wird zunächst über diesen abgestimmt. Über den Einzelplan 20 stimmen wir erst morgen ab.

Auch über eventuelle Änderungsanträge zum Haushaltsgesetz 2020, über das Haushaltsgesetz selbst sowie über das Gemeindefinanzierungsgesetz stimmen wir morgen zum Abschluss der zweiten von insgesamt drei Lesungen ab.

Das Haushaltsbegleitgesetz 2020 benötigt nur zwei Lesungen; die Abstimmung, auch über Änderungsanträge, wird daher bis zur dritten Lesung des Haushaltsgesetzes 2020 im Dezemberplenium zurückgestellt.

Ich gebe noch einen Hinweis: Sollte eine dritte Lesung zum Haushaltsbegleitgesetz nicht beantragt sein, darf die Beratung ausdrücklich nicht geschlossen werden, weil sonst gemäß § 75 Abs. 1 Satz 1 der Geschäftsordnung im Dezember 2019 keine Änderungsanträge mehr gestellt werden könnten.

Zwischen 12:30 Uhr und 14:00 Uhr finden heute keine Abstimmungen statt.

Ich rufe auf:

GRUNDSATZDEBATTE

**Gesetz über die Feststellung des Haushalts-
plans des Landes Nordrhein-Westfalen für
das Haushaltsjahr 2020 (Haushaltsgesetz
2020)**

In Verbindung mit:

**Finanzplanung 2019 – 2023 des Landes Nord-
rhein-Westfalen**

In Verbindung mit:

**Gesetz zur Änderung haushaltswirksamer
Landesgesetze (Haushaltsbegleitgesetz 2020)**

In Verbindung mit:

**Einzelplan 12
Ministerium der Finanzen, Finanzverwaltung**

In Verbindung mit:

**Einzelplan 20
Allgemeine Finanzen**

Ich eröffne die Aussprache als Grundsatzdebatte und darf für die SPD-Fraktion dem Abgeordneten Zimkeit das Wort erteilen.

Stefan Zimkeit (SPD): Der Haushalt, Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen, macht das Motto Ihrer Politik deutlich: nicht zuhören, nicht entscheiden, nicht handeln. Statt zuzuhören, hören Sie weg.

Ziel Ihrer Politik war es ja, Platz 1 zu erreichen. In einem Bereich haben Sie das einsam geschafft: Ich glaube, noch nie wurden in so kurzer Zeit gegen die Politik einer Regierung so viele Unterschriften gesammelt wie gegen Ihre. Da haben Sie Platz 1 erreicht.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Bei Ihrem Kitareförmchen will der Jubel überhaupt keinen Anfang nehmen. Stattdessen demonstrieren massenhaft Erzieherinnen und Erzieher dagegen. Sie nennen dieses Gesetz einen großen Wurf; gleichzeitig kündigen die Träger an, sich deswegen aus der Finanzierung zurückzuziehen. Ihr großer Wurf bei den Kitas ging weit – weit ins Aus.

(Beifall von der SPD)

Hunderttausende Menschen fordern die Abschaffung der Straßenausbaugebühren. Was tun Sie? – Sie schaffen ein Bürokratiemonster, ohne den Menschen die Existenzängste zu nehmen. Auch hier haben Sie nicht zugehört.

Ein breites Bündnis aus Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden und Mietervereinen fordert von Ihnen eine Umkehr in der Wohnungsbaupolitik. Ihre Antwort ist ein „Weiter so!“, das dazu führt, dass die Menschen weiter mit steigenden Mieten leben müssen, die sie sich kaum noch leisten können.

Tausende Menschen warnen Sie davor, die Demokratie zu beschädigen und die Stichwahl für Bürgermeister, Oberbürgermeister und Landräte nicht abzuschaffen.

Doch Sie ziegeln durch: Um eigene politische Vorteile, insbesondere der CDU, zu sichern, gehen Sie die Gefahr ein, dass Extremisten zukünftig Bürgermeisterposten erhalten. Das ist ein Schaden für die Demokratie.

(Beifall von der SPD)

Ich wollte jetzt eigentlich Herrn Laschet ansprechen, der nicht da ist. Ich wollte ihn fragen – vielleicht hat das ja heute nicht geklappt –, warum er eigentlich so viel Hubschrauber fliegt.

Eigentlich ist das nicht nötig. Er und seine Landesregierung schweben doch schon so hoch über den Dingen, dass sie auch ohne Hubschrauber über die Staus hinwegfliegen können. Sie haben die Bodenhaftung verloren, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Doch es ist nicht nur schlecht, dass Sie nicht zuhören. Sie entscheiden auch nicht. Viele, viele Schulen

warten darauf, Unterstützung zu bekommen, insbesondere Schulen mit besonderen Herausforderungen.

Ihre Antwort darauf sind 60 Talentschulen. Jeder weiß aber: Über 1.000 Schulen brauchen diese Unterstützung. Diese Schulen lassen Sie alleine, weil Sie nicht entscheiden, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Beim Altschuldenfonds sind Sie, seit der Bund angekündigt hat, sich an einer solchen Lösung zu beteiligen, in Schockstarre verfallen. Sie wollten eigentlich mit dem Finger auf den Bund zeigen und sich damit aus der Verantwortung stehlen.

Da der Bund sich jetzt beteiligt, sind Sie sprachlos. Statt Symposien in Berlin zu veranstalten, sollten Sie hier endlich Lösungen auf den Tisch legen, sonst verpassen wir eine historische Chance für die Kommunen in Nordrhein-Westfalen.

(Beifall von der SPD)

Entscheiden tun Sie auch nicht bei strukturellen Altplanungen. Ein nicht ganz unwichtiges FDP-Mitglied, das einmal in diesem Haus war, hat 1 Milliarde Euro struktureller Einsparungen in dieser Legislaturperiode angekündigt. Von 1 Milliarde Euro Einsparungen sprach Herr Lindner.

Erreicht haben Sie bisher nichts. Ihre eigentliche schwarze Null, Herr Finanzminister, ist die schwarze Null bei Einsparungen, weil Sie keinen Cent eingespart haben.

(Beifall von der SPD)

Die weitere schwarze Null, die Sie anbieten, nämlich die beim Haushalt, haben Sie auch nur auf Kosten der Kommunen erreicht.

Es ist nicht so, dass Sie nicht nur nicht zuhören, nicht entscheiden, sondern Sie handeln auch nicht. Die Situation der Grundschulen wird überall diskutiert. Der Lehrermangel dort wird immer schlimmer. Manche Grundschulen sind kaum noch arbeitsfähig. Sie verweigern die einzige Lösung, die schnell greifen könnte – A13 für alle –,

(Unruhe)

die alle Expertinnen und Experten fordern. Frau Gebauer läuft durch die Schulen und sagt, sie will das, und Herr Dr. Stamp pfeift sie dann zurück, und die Schulen müssen es ausbaden. Handeln Sie endlich und reden Sie nicht nur.

(Beifall von der SPD)

Seit über einem Jahr weiß Herr Dr. Stamp, dass er die Flüchtlingskostenpauschale erhöhen muss, weil ein Gutachten ihm das gesagt hat. Genau vor einem Jahr in der zweiten Lesung des letzten Haushaltes

hat er angekündigt, doch mal die dritte Lesung abzuwarten.

Er hätte dazu sagen müssen, dass er die dritte Lesung 2022 meint. Sie haben 500 Millionen Euro Schulden bei den Kommunen wegen der Flüchtlingsfinanzierung, und nur so schaffen Sie es, Ihren Haushalt auszugleichen, Herr Finanzminister.

(Beifall von der SPD)

Völlig tatenlos stehen Sie dem Investitionsstau in diesem Land gegenüber. Hier in diesem Saal hat eine Anhörung stattgefunden durch alle Bereiche. Die Schulen, die Verwaltungsgebäude, die Polizei, die Krankenhäuser – alle haben Sie darauf hingewiesen, dass wir dringend mehr Investitionen brauchen.

Was ist Ihre Antwort? – Sie senken die Investitionsquote. Wir müssen handeln, damit die Infrastruktur nicht weiter verfällt. Wir brauchen ein Investitionsprogramm für Nordrhein-Westfalen, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von der SPD)

Noch weniger, als zu handeln und zu entscheiden, halten Sie Ihre gemachten Versprechungen ein. An die meisten erinnern Sie sich gar nicht mehr, Herr Löttgen. Erinnerungslücken gehören ja zur Kernkompetenz dieser Landesregierung.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Herr Löttgen, Sie haben in der ersten Lesung behauptet, Sie hätten nie Schuldenabbau versprochen. Ich empfehle Ihnen einen Blick in Ihr Wahlprogramm. Darin wird sogar in einer Überschrift Schuldenabbau versprochen.

So gehen Sie mit Ihren Versprechungen um. Sie lesen nicht mal in Ihrem eigenen Programm nach, was Sie versprochen haben. Sie wollen Ihre Wahlversprechen gar nicht einhalten.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Das ist Ihnen beim Schuldenabbau hervorragend gelungen. Da haben Sie es auf den letzten Platz der Bundesländer geschafft.

Den ersten Platz nehmen Sie bei einem anderen Thema, zu dem Sie große Versprechungen gemacht haben, ein: den Staus in Nordrhein-Westfalen.

Schon direkt nach dem Regierungswechsel haben Sie versucht, Ihre Versprechung, die Staus zu reduzieren, zu kassieren. Es werden immer mehr Staus. Sie wollen und können Ihre Wahlversprechen nicht einhalten, Herr Löttgen.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Die schönsten Stilblüten treibt das Ganze beim Bürokratieabbau. Der Bürokratieabbau funktioniert bei

Ihnen folgendermaßen: Frau Scharrenbach – sie ist ebenfalls nicht anwesend; den größten Teil der Regierung scheinen die Haushaltsberatungen nicht zu interessieren –

(Zuruf von der SPD: Bezeichnend! – Zuruf von Henning Höne [FDP])

erhält neue Stellen für eine Stabsstelle zum Bürokratieabbau. Die legt dann das Bürokratiemonster zu den Straßenausbaugebühren vor, wofür erst mal neue Stellen geschaffen werden müssen. So funktioniert Ihr Bürokratieabbau.

(Beifall von der SPD)

Neue Stellen in der Ministerialbürokratie sind das Einzige, das Sie liefern.

Zur zweiten Lesung haben wir Ihnen zahlreiche Vorschläge gemacht. Wir wollen die Kommunen besser unterstützen, indem wir Ihr Versprechen, die Integrationspauschale weiterzugeben, einhalten.

Wir wollen die Menschen entlasten, indem wir die Straßenausbaugebühren komplett abschaffen.

Wir wollen mehr für sozialen Zusammenhalt, für Frauenhäuser und Pflege tun.

Wir wollen den Kampf gegen Rechtsextremismus, für Demokratie und gegen die Populisten – auch hier im Hause – verstärken, indem wir mehr Geld für Demokratieprojekte ausgeben.

Sie haben alles abgelehnt, ohne einen einzigen eigenen Vorschlag zu machen. Sie diskutieren nur noch rückwärtsgewandt. Auch heute werden wir das wieder hören. Es wird immer wieder heißen: sieben Jahre Rot-Grün. – Sie gucken nur noch in die Vergangenheit.

(Beifall von der SPD und Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Sie regieren seit zweieinhalb Jahren, und eines wird deutlich: Sie haben kein Konzept für die Zukunft von Nordrhein-Westfalen.

Sie sind so abgehoben, dass Sie die Probleme der Menschen nicht mehr sehen. Sie sind so auf Ihren Koalitionsfrieden bedacht, dass Sie keine Entscheidungen mehr treffen.

Außerdem beschäftigen Sie sich so sehr damit, sich gegenseitig auf die Schulter zu klopfen, dass Sie handlungsunfähig sind. Ihr Haushalt spiegelt dies wider. Deswegen lehnen wir ihn ab.

(Beifall von der SPD und den GRÜNEN)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die CDU-Fraktion spricht nun der Abgeordnete Moritz.

Arne Moritz* (CDU): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit über zwei Monaten diskutieren wir jetzt über den Haushalt für das kommende Jahr.

Der Grundsatz der CDU-FDP-Koalition bei den Verhandlungen – das wird sich bis zum Abschluss der Haushaltsberatungen in wenigen Wochen so fortsetzen – ist ganz klar folgender: Wir machen keine Haushaltspolitik auf Pump, und wir wirtschaften nicht auf Kosten von morgen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Jochen Ott [SPD])

Die Diskussion, die in anderen Parteien und auch von Teilen der Wissenschaft und Wirtschaft geführt wird, haben wir in den vergangenen Monaten durchaus zur Kenntnis genommen.

Ich möchte zeitlich einen Sprung zurück machen:

(Zuruf von Britta Alenkamp [SPD])

Das Bruttoinlandsprodukt Griechenlands ist sicher nicht mit dem von Nordrhein-Westfalen vergleichbar; trotzdem haben wir dort gesehen, wohin es führen kann, wenn man die Kontrolle über die Schulden verliert.

Es ist ja nicht so, als würde Nordrhein-Westfalen keinen Schuldenberg vor sich herschieben. Mit jedem Euro, der neu auf diesen Schuldenberg kommt, steigt das Risiko.

Für CDU und FDP ist die Position deshalb ganz klar: Wir sind zwar das Bundesland und die Heimat von 18 Millionen Menschen mit einer vielfältigen Kultur, einer einzigartigen Forschungslandschaft und einer starken modernen Wirtschaft, aber wir sind nicht die Regierung, die das Signal sendet: Wirtschaften auf Pump soll wieder zur gängigen Praxis werden.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Unsere und die Perspektive des Haushalts für 2020 ist die Perspektive eines Bundeslandes, das Familien mit der Reform des Kinderbildungsgesetzes den Rücken stärkt und eine moderne flexible Betreuungsinfrastruktur bietet.

Die 1,3 Milliarden Euro, die die schwarz-gelbe Landesregierung in die flächendeckende Qualität der gesamten Kindertagesbetreuung steckt – sowohl in die Kitas als auch in die Kindertagespflege –, sind das endgültige Aus der Sorge vieler Eltern um die Zukunft der Betreuung ihrer Kinder.

Damit müssen wir uns keine Gedanken mehr über die finanziellen Einsparungen zulasten der Qualität in der Betreuung machen. Die Zukunft unserer jüngsten Generation ist uns 1,3 Milliarden Euro wert.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wer hier den großen Sprung der Landesregierung nicht erkennt, kennt sich mit dem Thema in etwa so gut aus wie ein Sumoring mit dem Weitsprung.

(Beifall von der CDU und der FDP – Frank Müller [SPD]: Es ist wirklich lustig, das aus Ihrem Munde zu hören)

Mit anderen Worten: Wer sagt, das KiBiz sei keine große Leistung, ist fachfremd und hat vergessen, bei welchem Status quo die NRW-Koalition vor zweieinhalb Jahren begonnen hat.

(Beifall von der CDU und der FDP – Marc Herter [SPD]: Ich würde vorschlagen, dass Sie den Satz mal ein paar Trägern sagen!)

Darüber hinaus forcieren wir die Perspektive eines Bundeslandes, in dem nicht nur von Sicherheit geredet wird bzw. man sich nicht nur mit den Sicherheitsbehörden solidarisiert, sondern Sicherheit in allen Lebensbereichen eine absolute Selbstverständlichkeit ist.

In den ersten Haushaltsjahren standen sicherlich die physische Sicherheit und die klassische Idee von Sicherheit im Vordergrund. Dass nach der Wahl diesbezüglich etwas geschehen musste, war sicher allen klar. Dass das erfolgreich war, sieht man an den sinkenden Zahlen in der Einbruchstatistik.

(Zuruf von Sarah Philipp [SPD])

Mit dem Haushalt 2020 rücken wir jetzt das Thema „digitale Kriminalität“ in ein ganz neues Licht. Illegale Downloads oder illegales Streaming haben seit Anfang der 2000er-Jahre Schäden angerichtet, die heute in keinem Verhältnis mehr stehen. Das wissen wir alle.

Der Handel mit Waffen, Drogen oder sogar Sprengstoff über das Darknet und ganz besonders das, was wir in den letzten Monaten beim Thema „Kinderpornografie“ erleben mussten, stellt alles bisher Dagewesene in den Schatten.

Die Polizei steht vor ganz neuen Herausforderungen. Diese müssen wir als Politik angehen. Wenn wir im Haushalt nämlich nicht entsprechend Vollgas geben, überholen uns die Probleme und Gefahren, die ich gar nicht genauer ausführen möchte.

63 Millionen Euro für digitale Ermittlungsmöglichkeiten, 143 neue Stellen für Spezialisten sprechen in diesem Bereich eine ganz deutliche Sprache.

Wir intensivieren die Bemühungen, Inhaber und Verteiler von kinderpornografischem Material aufzuspüren und zu bestrafen.

Wir grenzen den Handlungsspielraum Krimineller im Darknet entschieden ein: sei es beim Drogenhandel, beim Waffenhandel oder sonstigen Geschäften.

Wir sagen denen den Kampf an, die die Anonymität des Internets für Terror- und Extremismuspropaganda missbrauchen wollen.

Ob Gesetzesbrüche auf der Straße oder im Netz begangen werden, bei den Konsequenzen geben wir keinen Zentimeter Platz und lassen keinerlei Toleranz zu.

143 Stellen für die Bekämpfung im Zusammenhang mit dem Thema „Cybercrime“, 63 Millionen Euro für digitale Ermittlungsmöglichkeiten, 500 zusätzliche Stellen im polizeilichen Verwaltungsdienst und die Einrichtung von 640 Planstellen zur Übernahme von Polizeianwärtern machen die klare Absicht der NRW-Koalition deutlich.

Ich habe diese beiden Schwerpunkte des Haushalts und die Ideen des Kabinetts an dieser Stelle ganz bewusst noch einmal aufgegriffen, denn sie sind für uns die grundlegenden Stellschrauben, an denen wir jetzt drehen.

Dies tun wir aus folgendem Grund. Herr Kutschaty, Sie haben in der ersten Lesung des Haushalts gesagt – ich zitiere –:

„Der Haushaltsentwurf 2020 macht sehr deutlich: Zu neuen Zielen wird kein Kabinettsmitglied mehr aufbrechen. Von nun an irren Sie alle nur noch durch die Asche Ihrer verbrannten Ideen“.

(Vereinzelt Beifall von der SPD)

– Ich finde es sehr schön, dass die SPD über jedes Stöckchen springt, das man ihr hinhält.

(Beifall von der CDU)

Wenn ein ehemaliges Kabinettsmitglied der abgewählten rot-grünen Landesregierung das, was wir mit dem KiBiz oder im Bereich Sicherheit erzielen, als Asche verbrannter Ideen bezeichnet, macht das sehr deutlich:

Das Erste ist, dass Sie bis heute nicht verstanden haben, warum Sie abgewählt wurden und auf der Oppositionsbank sitzen.

Das Zweite ist, dass Sie bis heute nicht verstanden haben, welche Probleme die Bürger in Nordrhein-Westfalen eigentlich bewegen. Denn was Sie als Asche wahrnehmen, sind die verbrannten Erwartungen der Bürger an die Regierung in NRW zwischen 2010 und 2017.

(Beifall von der CDU – Zurufe von der SPD)

Das sind Erwartungen in eine zuverlässige Kitainfrastruktur. Das sind Erwartungen, sich als Bürger im öffentlichen und digitalen Raum sicher zu fühlen.

(Marc Herter [SPD]: Wer nur in den Rückspiegel schaut, fährt vor den Baum!)

Das sind Erwartungen der Wirtschaft, im digitalen Zeitalter Bürokratieprobleme ebenso digital zu lösen. – Das kann man noch fortsetzen.

Das sind Erwartungen, die wir mit dem Haushalt 2018, im Haushalt 2019 erfüllt haben und jetzt mit dem Haushalt 2020 erfüllen werden.

Jetzt kann man natürlich zum Haushalt 2020 sagen, die Investitionsquote sei zu gering, es werde zu wenig investiert. Oder man weist, wie Sie, Frau Düker, es in der ersten Lesung gemacht haben, auf die Investitionsquote in der Mittelfristigen Finanzplanung hin.

Da machen Sie es sich aus meiner Sicht etwas zu einfach. Die Perspektive ist da auch eindimensional.

Der erste Punkt ist, dass die Vereinbarungen mit den Hochschulen für das Nachfolgeprogramm des Hochschulpaktes „Zukunftsvertrag Studium und Lehre stärken“, in die Mittelfristige Finanzplanung noch gar nicht eingerechnet wurde. Das heißt, um mindestens 490 Millionen Euro für 2022 und 678 Millionen Euro für 2023 wird die Investitionsquote steigen.

Der zweite Punkt ist die Definition von Investitionen. Die nackten Zahlen sehen so aus: 662 Millionen Euro für die Kinderbetreuung und zusätzlich 115 Millionen Euro zur Schaffung weiterer Betreuungskapazitäten im Zuge der Platzausbaugarantie.

Natürlich sind diese Ausgaben Investitionen in die Bildung unserer Kinder und letztlich in die Zukunft unseres Landes: Nach der Haushaltssystematik handelt es sich dabei um konsumtive Ausgaben. Je mehr wir als Land einnehmen und je mehr wir in die Betreuung und schulische Bildung der Kinder – ich sage es bewusst – investieren, desto geringer ist die Investitionsquote. So viel zu den Stichworten „Eindimensionalität“ und „Investitionsquote“.

Liebe Frau Düker, Sie werden sich sicherlich noch an die Mittelfristige Finanzplanung 2016 bis 2020 und die Tatsache erinnern, dass darin die Investitionsquote bis 2020 auf 8,3 % sinken sollte. Deswegen bleibt es dabei: Wein zu trinken und Wasser zu predigen, passt nicht besonders gut zusammen.

(Beifall von der CDU und der FDP – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Mit dem Haushalt 2020 haben wir eine Balance geschaffen aus der Realisierung von wegweisenden Modernisierungen, maßgebenden Investitionen auf der einen Seite und einer haushalterischen Konsolidierung auf der anderen Seite.

Neben Ausgeben und Einnehmen sind für mich auch Verwalten und Verteilen des Geldes bedeutend. Wir haben schon vor zwei Jahren gesagt, dass wir die Finanzverwaltung mit den Finanzämtern als unerlässlich wichtigen Partner der Politik und besonders der Regierung bei allen Ideen und Initiativen verstehen.

Dass wir deshalb in die Finanzverwaltung investieren und die Finanzämter für immer komplexer werdende Aufgaben fit machen, ist daher logisch, egal ob es dabei um echte Bürgernähe, Steuerzahlerfreundlichkeit, steuergesetzliche Modernisierung einer zunehmend digitalisierten Finanzverwaltung oder, wie wir in der vergangenen Woche gesehen haben, effektive Bekämpfung von Schwarzgeld und Terrorismusfinanzierung geht.

Herr Lehmann von der Deutschen Steuer-Gewerkschaft hat es in der Anhörung Ende Oktober gut beschrieben, indem er sagte, wir seien auf dem Weg vom Mittelalter in die Gegenwart.

Die Finanzverwaltung, wie wir sie uns vorstellen, ist eine Finanzverwaltung, die die Bürger nicht als graue Herren, die ihnen das Geld aus der Tasche ziehen, sondern als beratender und zuverlässiger Partner verstehen. Dabei sind wir mit den Mitteln, die wir in den Haushalt eingestellt haben, auf einem guten Weg vom Mittelalter nicht nur in die Gegenwart, sondern auch in die Zukunft.

Ich habe es schon gesagt: Der Haushalt 2020 ist das Gleichgewicht aus wichtigen Updates in der Betreuung, der Lehre, der Infrastruktur und sinnvollen Placements der Wirtschaft, die Leistungsanreize fördert.

Präsident André Kuper: Die Redezeit.

Arne Moritz¹⁾ (CDU): Gleichzeitig bleiben die Aspekte unserer Interpretation von finanzieller und ökologischer Nachhaltigkeit beim Wirtschaften mit dem Landeshaushalt bestehen. Mit diesem Haushalt legen wir den dritten Gang ein und machen uns startklar für das Jahr 2020.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. – Für die Fraktion der Grünen hat nun die Abgeordnete Frau Düker das Wort.

Monika Düker (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Lieber Kollege Arne Moritz, ja, unsere Kritik in der ersten Lesung, dass dieser Haushalt zu wenige Investitionen aufweist, die Investitionsquote zu gering ist, können wir nur aufrechterhalten, denn alle Sachverständigen in der Anhörung haben auf diesen Mangel sehr deutlich hingewiesen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Studierendenwohnheime, Krankenhäuser, Schulen, Kommunen: Nahezu alle öffentlichen Einrichtungen beklagen mangelnde Investitionen und mahnen an, die Investitionsquote zu steigern.

Schaut man sich die Steuereinnahmen an, wäre das ja auch möglich. 55 Milliarden Euro hatten wir noch 2017. Der Finanzminister verfügt im Jahr 2020, drei Jahre später, über 10 Milliarden Euro mehr Steuereinnahmen. – Herr Lienenkämper, das sind fast 20 % Steuereinnahmen mehr.

Sie schaffen es, die Investitionsquote in der Mittelfristigen Finanzplanung sinken zu lassen.

Gleichzeitig haben Sie weniger Ausgaben. Allein für flüchtlingsbedingte Kosten mussten wir 2016 noch 2 Milliarden Euro mehr ausgeben.

Das heißt, Sie haben Minderausgaben in einem wesentlichen Bereich der Politik. Sie haben Mehreinnahmen durch Steuern. Die Investitionsquote sinkt. Das ist für uns keine zukunftsfähige Finanzpolitik, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Was wurde denn früher vollmundig versprochen? Der Ministerpräsident hat in seiner letzten Haushaltsrede in der letzten Legislaturperiode am 14.12.2016 zum Haushalt 2017 der rot-grünen Landesregierung gesagt: Unsere Perspektive ist eine sogenannte Eindrittellösung für die Steuer Mehreinnahmen – ein Drittel für Schuldenabbau, ein Drittel für Investitionen, und ein Drittel soll den Bürgerinnen und Bürgern zurückgegeben werden.

Von den 10 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen, Herr Lienenkämper, geben Sie nichts in den Schuldenabbau. Sie geben zu wenig in Investitionen, und entlastet werden die Bürgerinnen und Bürger auch nicht. Das könnten Sie zum Beispiel bei der Grunderwerbsteuer machen, die ja auch üppig sprudelt.

Auch hier gilt: Hätten Sie das gemacht, was der jetzige Ministerpräsident und damalige Oppositionsführer angekündigt hat, hätten Sie also diese wunderbare Drittelformel tatsächlich umgesetzt, Herr Laschet, hätten wir jetzt statt 8 Milliarden Euro für Investitionen 10 Milliarden Euro, und dann hätten wir statt einer Investitionsquote von 10 % eine Quote von 12,5 %.

Herr Ministerpräsident, es gibt Ministerpräsidenten, die tatsächlich tun, was sie sagen. Leider muss ich da das Beispiel Bayern anführen. Aber Sie vergleichen sich doch so gern mit Bayern und sind da oft in Gesprächen. Fragen Sie doch mal Herrn Söder, wie die das machen. Er twitterte gestern:

„Investitions-Turbo für Bayern: Mit 8,8 Mrd. Euro erreicht der bayerische Haushalt 2020 eine Investitionsquote von fast 15 Prozent. Der Bund kommt 2020 auf nur 11,9 Prozent. Wir machen Bayern fit für die Zukunft.“

(Zuruf von Bodo Löttgen [CDU])

Herr Ministerpräsident, das gibt nicht nur Likes, viele Likes, sondern das ist auch gut fürs Land. Vielleicht fragen Sie den Kollegen mal ...

(Zurufe von Armin Laschet, Ministerpräsident, und Matthias Kerkhoff [CDU])

– Ja, natürlich! Natürlich!

Der Finanzminister, Ihr Kollege Herr Füracker, Herr Lienenkämper, sagt zu Recht, bei drohender wirtschaftlicher Eintrübung müsse man Investitionen den Vorrang geben. Die kommen nur auf diese Investitionsquote, weil sie mit Nachtragshaushalten für 2019 und 2020 noch mal ordentlich nachlegen, 900 Millionen Euro für Investitionen draufpacken, und zwar genau da, wo sie hingehören: für Sanierungsprogramme, Hochschulen, Digitalisierung, Klimaschutz und anderes mehr.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, großer Verlierer dieser schwarz-gelben Haushaltspolitik sind vor allen Dingen die Kommunen. Sie scheinen keine gute Lobby hier in der Landesregierung zu haben. Dabei stehen sie vor großen Herausforderungen im Bereich Klimaschutz. Die Verkehrswende muss gemanagt werden. Energetische Sanierungen sind notwendig, Klimafolgeanpassungen sind notwendig. Der Städte- und Gemeindebund mahnte das dringend an. Es geht nicht nur um Frischluftschneisen und Entsiegelungen. Die Kanalnetze müssen für Starkregenereignisse angepasst werden usw. usf.

Wir haben ein Programm vorgestellt, wie wir die Kommunen mit einem Investitionsprogramm unterstützen können. An der Stelle kommt nichts von der Landesregierung.

Beispiel Altschuldenlast: Insbesondere unsere Stärkungspaktkommunen warten dringend auf den Altschuldenfonds. Frau Scharrenbach, wann liefern Sie endlich? Sie haben es mehrfach angekündigt.

(Beifall von den GRÜNEN)

Ja, man kann immer auf den Bund zeigen. Natürlich, Sie machen Kongresse. Wir haben auch eine nette Einladung zu Fachveranstaltungen bekommen. Man kann darüber noch Jahre weiterdiskutieren. Es muss jetzt gehandelt werden. Jetzt brauchen die Kommunen die Entlastung, damit sie wieder investieren können.

Beispiel Flüchtlingsfinanzierung: Auch hier wurde viel versprochen und nichts gehalten. Zur Anpassung der Pauschalen für die Unterbringung der Geflüchteten liegen die Zahlen auf dem Tisch. Die Pauschalen werden nicht angepasst.

Zur Erweiterung des Personenkreises der Geduldeten über drei Monate hinaus: Die Kommunen warten händeringend darauf, dass auch diese Ankündigung endlich umgesetzt wird.

Jetzt kommt das Allerinteressanteste: die Weiterleitung der Integrationspauschale, die die Landesregierung in diesem Jahr verweigert. Ich bin gespannt, ob die Koalitionsfraktionen in der dritten Lesung des Haushalts hier noch liefern.

Die Begründung ist, das sei jetzt gar keine Integrationspauschale des Bundes mehr. Sie heißt zwar so und wird überall so genannt – auch die Bundesregierung und die Große Koalition in Berlin kommentieren, dass das die Fortsetzung der Integrationspauschale in geringerem Umfang ist –, nur die Landesregierung sagt: Da steht zwar „Integrationspauschale“ drauf, das ist aber eigentlich etwas ganz anderes, und deswegen leiten wir sie nicht weiter. – Das ist nicht mehr nachvollziehbar. Das ist einfach ein Wortbruch.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN und der SPD)

Wir erwarten, dass in der dritten Lesung noch Änderungsanträge dazu kommen. Die Kommunen warten händeringend auf diese Mittel; denn sie haben ja schon weniger Einnahmen durch die Reduzierung. Sie brauchen dieses Geld für die Integration. Es wird ja immer angemahnt, dass wir Mittel dafür brauchen.

Letzter Punkt: Die Digitalisierungsstrategie war der ganz große Schwerpunkt beim Start dieser Landesregierung. Was lesen wir im Koalitionsvertrag nicht alles über Masterplan, Gigabit-Ziele, Taskforce „Breitband“, Digital First? Was ist von der großen Rhetorik geblieben, wenn man sich den Haushalt anschaut? Haushalt ist ja bekanntlich Politik in Zahlen. Für alle, wirklich für alle Vertreter öffentlicher Einrichtungen waren in der Anhörung neben dem Investitionsstau fehlende Mittel für den Digitalausbau der Hauptkritikpunkt.

Die Krankenhäuser sind erst gar nicht in der Digitalstrategie berücksichtigt.

Bei der Polizei fehlen mobile Endgeräte.

Hochschulen: Allein eine Fachhochschule bräuchte so viele Mittel, wie die Regierung insgesamt pro Jahr an die Hochschulen gibt.

Zu den Pflegeeinrichtungen und der Finanzverwaltung bringt es Manfred Lehmann von der Deutschen Steuer-Gewerkschaft, wie ich finde, gut auf den Punkt. Er sagte in der Anhörung – ich zitiere aus dem Ausschussprotokoll 17/784 –:

„Denn bei dem landesweiten Projekt der Digitalisierung können wir nicht einerseits die Kosten minimieren und andererseits die angestrebten Ziele erhöhen.“

So viel zu den ganzen Plänen.

(Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Beim eGovernment sind wir schon 2025 so weit. – Nein, hier fehlt es an allen Ecken und Enden.

Große Versprechen gab es beim Mobilfunkpakt. Was ist geblieben von der Zusage – Achtung, es gab eine Zusage von Minister Pinkwart –, dass es bis Ende 2019 wenigstens an den Verkehrswegen keine Funklöcher mehr in NRW gibt? Okay, wir haben November, es ist noch nicht ganz Ende 2019. Als ich in der letzten Woche im ICE von Köln nach Düsseldorf telefonieren wollte, war das immer noch nicht möglich. Von den Regionen in Ostwestfalen will ich gar nicht sprechen. In Nordrhein-Westfalen können wir also auf dem Weg von Köln nach Düsseldorf nicht telefonieren, im Ruhrgebiet ist es fast unmöglich. – So viel zu den vollmundigen Ankündigungen, die Funklöcher zu schließen.

(Beifall von den GRÜNEN)

Warum kann Bayern eigene Mobilfunkmasken finanzieren, NRW schafft es aber offenbar nicht?

Zum Ausbauprogramm „Breitband“: Im Koalitionsvertrag wurde angekündigt, die Förderprogramme zu bündeln und zu vereinfachen. Achtung, Faktencheck beim Breitbandausbau: Aus dem Programm der Frequenzversteigerung 2015, also dem vorletzten Programm, sind für NRW 878 Millionen Euro seit 2016 bewilligt, bis jetzt aber nur 29 Millionen Euro tatsächlich abgerufen worden.

Ich frage diese Landesregierung: Was machen Sie denn, um die Kommunen konkret zu unterstützen, damit das Geld jenseits dieser Zahlen im Haushalt tatsächlich verausgabt wird, und um die Regionen, die es wirklich brauchen, endlich auch an Breitband anzubinden? Das Geld bleibt liegen. Nichts ist es mit der Vereinfachung von Förderprogrammen, der Bündelung und dem Bürokratieabbau. Das Geld wird schlicht nicht abgerufen und nicht ausgegeben.

(Beifall von den GRÜNEN)

Fazit: Die Landesregierung scheitert mit diesem Haushalt an den Ansprüchen an eine nachhaltige Finanzpolitik. Sträflich vernachlässigt werden die Investitionen, die angesichts der Konjunkturlaute, die kommen wird, dringend notwendig werden. Die großen Verlierer sind die Kommunen. Ich mache mir große Sorgen um unsere kommunale Verfasstheit; denn die Kommunen haben in dieser Regierung offenbar wenig Lobby.

Bei der Zukunftsfrage „Digitalisierung“ bleibt es bei viel Rhetorik und Zielsetzungen. Mit dem Realitätscheck sieht es anders aus: Vor Ort kommt nichts an. Wir haben Änderungsanträge dazu vorgelegt, wie wir zukunftsfähige Investitionen tätigen können.

Die Regierung wird hoffentlich in der dritten Lesung zum Haushalt durch die Koalitionsfraktionen noch etwas liefern. Aber erst einmal bleibt es bei unserer Kritik, Herr Moritz: Dieser Haushalt hat keine Zukunftsstrategie. – Danke schön.

(Beifall von den GRÜNEN – Vereinzelt Beifall von der SPD)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Für die Fraktion der FDP hat der Abgeordnete Herr Witzel das Wort.

Ralf Witzel (FDP): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vor wenigen Tagen konnten wir alle die Halbzeitbilanz von Schwarz-Gelb feiern. Das ist auch ein guter Anlass für eine Zwischenbilanz in der Haushaltspolitik.

Die FDP-Landtagsfraktion ist 2017 für einen Politikwechsel angetreten, der unser Land chancenreicher, sicherer und moderner macht. Wenn wir den Menschen in unserem Land trotz aller Herausforderungen neue Perspektiven und neuen Optimismus vermitteln wollen,

(Dietmar Bell [SPD]: Und neue Werte!)

dann müssen wir hart für eine Kurskorrektur arbeiten und für neues Denken offen sein.

(Stefan Zimkeit [SPD]: Dann fangt doch mal an damit!)

Genau das machen wir gerne weiterhin; denn Nichtstun ist Machtmissbrauch.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Direkt nach dem Politikwechsel 2017 haben wir deshalb mit Rettungsmaßnahmen zunächst die schlimmsten Hinterlassenschaften von Rot-Grün beseitigt. Seit dem Jahr 2018 gibt es nur noch vorsichtig kalkulierte und schuldenfreie Haushaltsaufstellungen, die beim Vollzug dann die Erwirtschaftung von Überschüssen ermöglichen. Das hat unser Land zuvor 45 Jahre lang nicht erlebt. Und das unterscheidet uns von Rot-Grün.

(Beifall von der CDU – Vereinzelt Beifall von der FDP)

Denn Ihre zentrale Frage bei Rot-Grün lautete doch stets: Warum ist am Ende des Geldes eigentlich immer noch so viel Monat übrig? In viereinhalb Jahrzehnten Schuldenwirtschaft sind bis heute 144 Milliarden Euro sowohl an Zinszahlungen als auch an vorhandenem Schuldenstand angefallen. Das zeigt: Neuverschuldung schafft unter dem Strich keinerlei neue Handlungsspielräume. Sie hängt nur unseren Bürgern einen schweren Mühlstein um den Hals.

Aus Verantwortung und Respekt insbesondere vor der jungen Generation bleibt es deshalb bei uns dabei: Wir stehen zur Schuldenbremse. Nie wieder darf ein Landeshaushalt eine strukturelle Neuverschuldung beinhalten und den gigantischen Schuldenberg von 144 Milliarden Euro weiter erhöhen.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die NRW-Koalition setzt auch ohne Schulden ihr Wahlversprechen um, die Politikschwerpunkte „weltbeste Bildung“ und „innere Sicherheit“ deutlich zu stärken.

(Marlies Stotz [SPD]: Weltbeste Bildung? War das jetzt ein Scherz?)

Das bedeutet beispielsweise im Bereich der frühkindlichen Bildung zusätzlich fast 1 Milliarde Euro für die Kitaqualität, eine bedarfsgerechte Platzausbaugarantie, mehr Sprachförderung für mehr Chancen sowie längere Öffnungszeiten und damit eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Im Bereich der Schule entstehen von 2018 bis 2020 über 4.000 neue Lehrerstellen. Sie ermöglichen mehr Qualität, weniger Stundenausfall und bessere Inklusion.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Seit dem Politikwechsel kommt die Justiz bis 2020 auf 1.850 neue Stellen und die Polizei auf über 2.700. Egal, ob illegale Geldwäsche durch Hawala-Banking, organisierte Clankriminalität im Ruhrgebiet, islamistische Attentäter oder anarchische Gewaltchaoten im Hambacher Forst: Wir treten ein für einen jederzeit handlungsfähigen Rechtsstaat, der Recht und Gesetz auch konsequent durchsetzt. Denn das erwarten die Bürger zu Recht von uns in diesem Land.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Wir schützen dabei öffentliche Bedienstete vor Gewalt und Hass. Ein Angriff auf die Einsatzkräfte im Dienst ist ein Angriff auf uns alle und hat daher auch eine massive Gegenreaktion von uns allen verdient.

(Beifall von der FDP – Vereinzelt Beifall von der CDU)

Die Entwicklung der Kommunalfinzen ist erfreulich. Mit 12,8 Milliarden Euro haben wir ein Rekordgemeindefinanzierungsgesetz. Das bedeutet im Vergleich zum Politikwechsel 2017 eine Verbesserung um 2,2 Milliarden Euro – ein Zuwachs von 21 %. Die kommunale Finanzausstattung durch das Land hat sich also seit dem Basisjahr 2017 um über 4,5 Milliarden Euro verbessert.

Zusammen mit, zugegebenermaßen, 3,5 Milliarden Euro Bundesgeldern erhalten nordrhein-westfälische Kommunen bis 2020 beachtliche 8 Milliarden Euro mehr. Das nennen wir eine eindeutig kommunalfreundliche Politik, die von uns politisch auch so gewollt ist.

(Beifall von der FDP)

SPD und Grüne aber leisten sich jetzt einen Überbietungswettbewerb um milliarden schwere Versprechungen für Mehrausgaben. In der Summe wollen SPD und Grüne jedes Jahr rund 8 Milliarden Euro

mehr ausgeben, und zwar wie folgt: 2,4 Milliarden Euro für den Rechtsanspruch auf Ganzttag, 1,1 Milliarden Euro für Krankenhausinvestitionen, 800 Millionen Euro für den fahrgeldlosen ÖPNV für Jugendliche, 700 Millionen Euro für die Anhebung der Lehrerbesehung,

(Jochen Ott [SPD]: Was sind das denn für Fantaziezahlen? Sehr schön!)

600 Millionen Euro für Studentenwohnheime, 500 Millionen für die Kitabeitragsfreiheit für alle Jahrgänge usw. usf.

(Jochen Ott [SPD]: Das sind doch Phantaziezahlen! – Zuruf von Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE])

Hinzu kommen Sonderprogramme milliarden schwer im Bereich Arbeit, Soziales, Strukturpolitik, Luftqualität, die

(Jochen Ott [SPD]: Lieschen Müller macht Politik!)

Milliarden kosten jedes Jahr! Deshalb sage ich Ihnen: So ist das mit Ihrer Glaubwürdigkeit. In Sonntagsreden fordern Sie immer den Kohleausstieg, und hier wollen Sie jedes Jahr noch mehr Kohle raus-hauen als jemals zuvor.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Heike Gebhard [SPD])

Präsident André Kuper: Herr Kollege Witzel, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenfrage des Abgeordneten Mostofizadeh. Lassen Sie die Zwischenfrage zu?

Ralf Witzel (FDP): Das mache ich gerne zum Ende der Rede.

Präsident André Kuper: Prima.

(Jochen Ott [SPD]: Bloß nicht verwirren lassen!)

Ralf Witzel (FDP): Nach zwei Jahren Rot-Grün kennen wir Sie inzwischen gut genug. Ihr bester Freund ist der heilige Sankt Dispo, und „sparen“ ist für Sie eines der schlimmsten Worte, das in der Sprache existiert.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von Frank Müller [SPD])

Ihre Parteitage, auf denen ein Redner nach dem nächsten die schwarze Null als Fetisch geißelt, belegen das immer eindrucksvoll. Sie leben lieber in einer Welt des Sterntaler-Märchens. Sie nehmen den Rock in die Hand und rufen: Schürze vorhanden, Teller gesucht!

(Beifall von der FDP und der CDU – Lachen von der SPD)

Aber direkt nach jedem Ihrer neuen Kamellewürfe kommt derselbe Vorwurf an Schwarz-Gelb, es würde in diesem Land zu wenig gespart, zu wenig entlastet und zu wenig Schuldenabbau betrieben. Sie haben es gerade wieder vorgetragen.

(Unruhe – Glocke)

Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist ein klarer Fall von politischer Dyskalkulie.

(Vereinzelt Beifall von der FDP)

Bislang kannten wir Dyskalkulie vor allem vom grünen Parteivorsitzenden Habeck und seinen Rechenproblemen bei der Pendlerpauschale. Jetzt greift sie überall um sich.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zurufe von der SPD: Oh! – Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Vorsicht!)

Das zeigt: Rot-Grün hätte sich in den letzten Jahren eben nicht immer nur um leichte Sprache, sondern mehr um leichtes Rechnen kümmern müssen; denn das klappt bei Ihnen leider noch nicht.

(Marc Herter [SPD]: Was sagen wohl diejenigen dazu, die wirklich diese Krankheit haben?)

Nahezu absurd ist Ihre Wahrnehmungsstörung, wenn Sie Schwarz-Gelb Ihre eigenen rot-grünen Ausbildungsversäumnisse vorwerfen. Sie beklagen 10.000 offene Stellen landesweit und vergießen Krokodilstränen, wenn in irgendeiner Wache ein Polizeibeamter oder in irgendeiner Schule ein Lehrer fehlt. Dabei gibt es doch zwei Gründe für unbesetzten Stellen:

Erstens. Wir haben die Stellen überhaupt geschaffen.

Zweitens. Sie haben jahrelang die zahlenmäßig notwendige Ausbildung für den Nachersatz unterlassen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Der Personalengpass hat Sie doch zwei Wahlperioden lang gar nicht interessiert. Sie haben noch nicht einmal Bedarfsrechnungen dafür vorgelegt.

(Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Das ist doch überhaupt nicht wahr!)

Deshalb haben wir jetzt die notwendige Ausbildungs-offensive eingeleitet. Die Beispiele zeigen es. Hätte Rot-Grün zwei Jahre nach Regierungsübernahme dafür gesorgt, dass so viele junge Leute eine Ausbildung beginnen, wie es jetzt unter Schwarz-Gelb der Fall ist, hätte die Polizei im kommenden Jahr nicht 3.000 unbesetzte Stellen, sondern es gäbe zusätzlich 4.500 ausgebildete Kommissare im öffentlichen Dienst.

(Beifall von der FDP und der CDU – Zuruf von der SPD)

Für die Schulen gilt dasselbe. Es gibt für Mangelbereiche wie das Grundschullehramt genügend Studieninteressenten, aber seit Jahren zu wenige Studienplätze. In Ihrer Zeit wurden zwei von drei Bewerbern für ein Lehramtsstudium abgewiesen. Das werden wir jetzt ändern.

(Beifall von der FDP und der CDU – Eva-Maria Voigt-Küppers [SPD]: Wer hat denn dieses Hochschulgesetz gemacht?)

In der Zwischenzeit sind intelligente Lösungen gefragt:

Durch Maßnahmenpakete zur Lehrkräftegewinnung haben wir 1.700 Lehrstellen besetzt, die ansonsten vakant geblieben wären.

Bei der Polizei haben wir im neuen Haushalt 2020 insgesamt schon 1.500 Stellen für Tarifbeschäftigte geschaffen, die für geringere Abordnungszahlen vom Streifendienst in den Innendienst sorgen, so dass mehr Polizei auf der Straße ist.

Wir haben den Beamten einen Verfallsschutz für Überstunden und die Einführung von Lebensarbeitszeitkonten versprochen.

All das sind konkrete Maßnahmen, die eine tatsächliche Hilfe darstellen.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wir sind mit unseren Vorhaben zur Halbzeit dieser Wahlperiode noch nicht überall am Ziel, aber auf dem richtigen Weg, um Nordrhein-Westfalen zu einem Land der neuen Chancen zu machen. In dieser Konstellation wollen wir noch viele Jahre die Regierungsverantwortung für unser Land übernehmen, damit die Erfolge unseres Modernisierungsprozesses immer mehr ihre Wirkung entfalten.

Die Herausforderungen der Finanzlage – auch bei schwächelnder Konjunktur – nehmen wir weiterhin gerne an. Rot-Grün verbreitet beim Haushalt Gelduntergangsstimmung. Wir hingegen lösen lieber die Probleme. – Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall von der FDP und der CDU)

Präsident André Kuper: Vielen Dank, Herr Kollege. Herr Kollege Witzel, wollen Sie die Zwischenfrage noch zulassen, oder hatte sich das erledigt?

(Mehrdad Mostofizadeh [GRÜNE]: Jetzt ist zu Ende!)

Okay. – Herr Kollege Strotebeck hat das Wort für die AfD.

Herbert Strotebeck (AfD): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das Geld, das man besitzt, ist das Mittel zur Freiheit, dasjenige, dem man nachjagt, das Mittel zur Knechtschaft. Was würde Rousseau dazu sagen, dass NRW eigentlich einer Schuldentilgung von 144 Milliarden Euro nachjagen müsste?

Unser Finanzminister sprach am 18.09. hier im Plenum wieder von Maß und Mitte und davon, dass aufgenommene Schulden unsere Kinder belasten. Minister Lienenkämper betrachtet die Mittelfristige Finanzplanung als eine Planung, die den wirtschaftlichen Rahmenbedingungen Rechnung trägt.

Nordrhein-Westfalen soll über die Haushaltswende ohne neue Schulden mit dem Dreiklang – wir kennen ihn – „konsolidieren, modernisieren und investieren“ zum Aufsteigerland gemacht werden, und zwar solide, nachhaltig und generationengerecht.

Generationengerecht muss das primäre Ziel sein. Dazu gehört aber auch unbedingt, verantwortungsvoll mit den Schulden umzugehen: keine neuen Schulden machen, alte Schulden abbauen.

Geplant hatte Minister Lienenkämper mit 4,5 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen. Jetzt sind es nur 3,7 Milliarden Euro. Insgesamt verfügt er aber über Steuereinnahmen von 65,4 Milliarden Euro. Das ist Klagen auf höchstem Niveau.

Generationengerecht ist es, sparsam mit den Geldern umzugehen und die Ersparnis für Investitionen in die Zukunft und für den Schuldenabbau zu verwenden.

Im Haushalt 2019 wurden lediglich 30 Millionen Euro für die Schuldentilgung genutzt, im neuen Haushalt leider gar nichts mehr – trotz 3,7 Milliarden Euro Steuermehreinnahmen. Ebenso wurden die Möglichkeiten nicht genutzt bzw. wurde zu viel Geld ausgegeben.

Müssen es für den Umzug des Ministerpräsidenten und die Repräsentation wirklich 40 Millionen Euro sein? Das ist mehr als der gesamte Betrag für die Schuldentilgung.

Der Landesrechnungshof mahnte im vergangenen Jahr aufgrund der guten Rahmenbedingungen durch höhere Steuereinnahmen an, heute schon an morgen zu denken.

Wir, die AfD-Fraktion, haben insgesamt 102 Änderungsanträge zum Haushalt eingereicht, davon fünf allein zum Einzelplan 20. Damit haben wir sowohl Investitionserfordernisse als auch Einsparpotenziale, um Schulden abzubauen, aufgezeigt. Das ist generationengerecht.

(Beifall von der AfD)

Leider haben alle anderen Fraktionen unsere Anträge abgelehnt; dazu im Verlauf der Debatte mehr

im Detail. Für Frau Ministerin Scharrenbach ist das trotzdem unauffällig und damit Untätigkeit.

Dieses Jahr stellt der Landesrechnungshof ernüchtert fest, dass der Regierung der Wille zum Sparen fehle, um den hohen Schuldenstand des Landes nennenswert zu reduzieren. 14 Fälle werden im Jahresbericht 2019 aufgeführt. Sie haben es sicherlich gelesen. Ich möchte hier nur zwei Beispiele anführen.

Das ist zum einen die Feststellung des Landesrechnungshofs zur Unterbringung von Flüchtlingen:

„Aufgrund der unzureichenden Aktenführung konnte der Landesrechnungshof nicht feststellen, dass das Ministerium bei seinen Entscheidungen die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit beachtet hat.“

Das ist zum anderen unser „NRW-BER“, der bei uns allerdings „Sanierung der Universität Bielefeld“ heißt. Die ursprünglich geplante Bauzeit waren 13 Jahre, jetzt werden es voraussichtlich 27 Jahre. Die ursprünglichen Kosten lagen bei 658 Millionen Euro, aktuell sind bereits 1,17 Milliarden Euro aufgelaufen. Welch ein Sparpotenzial! Was ist an dieser Geldverschwendung generationengerecht?

Der Stellenaufbau geht auch im dritten Jahr ungebremst weiter. Für das Haushaltsjahr 2020 sind wieder weitere 101 Stellen in der Ministerialbürokratie geplant. Interessant ist immer wieder die Argumentation bezüglich der Mehrkosten. Diese würden über die insgesamt erreichten Einsparungen ausgeglichen, heißt es. Dieses Argument ist nicht richtig, da der Ausgleich nicht dauerhaft ist. Es werden dauerhaft Stellen geschaffen, aber bezüglich des Ausgleichs nur das Planungsjahr herangezogen. Wie erfolgt denn die Kompensation ab dem zweiten Jahr? – Gar nicht.

Außerdem ist die Einsparung Augenwischerei. Geplant werden zum Beispiel berechtigterweise zahlreiche Stellen für Polizisten und Lehrer. Die Stellen können aber nicht vollständig besetzt werden, und so wird das geplante Budget nicht voll ausgenutzt. Das ist nicht generationengerecht.

Hochinteressant ist auch der Umgang mit dem vorhandenen Schuldenberg. Nach aktuellem Stand kann von einer durchschnittlichen Verzinsung von weniger als 1,5 % für neue Anleihen in diesem Jahr ausgegangen werden. Auch wenn bereits 2019 für Anschlussfinanzierungen Anleihen mit einer Laufzeit von 30 und 100 Jahren mit Negativzinsen genutzt werden konnten, wird in der Mittelfristigen Finanzplanung für 2020 schon mit einer höheren Durchschnittsverzinsung von weniger als 2,25 % gerechnet, ansteigend auf einen Durchschnitt von 3,75 % für 2022.

Es ist doch bekannt, dass die EZB unser Vermögen noch auf viele Jahre mit Negativzinsen vernichten

wird. Ein Anstieg der Zinsen ist selbst am Horizont nicht zu erkennen; nur in unserer Mittelfristigen Finanzplanung wird er völlig unbegründet einkalkuliert.

Mit den ersparten Zinsen könnten sehr gut Schulden getilgt werden, anstatt sie als Planungsreserve für Kompensationen, zum Beispiel von Personalausgaben für den Aufbau des Ministerialapparats, zu nutzen. Das wäre generationengerecht.

(Beifall von der AfD)

Bereits in den beiden letzten Haushaltsdebatten hatten wir den viel zu niedrigen Schuldenabbau moniert. Jetzt wurde der Schuldenabbau aufgegeben – was auch der Landesrechnungshof kritisiert. Um eine glaubwürdige und generationengerechte Finanzplanung zu etablieren, ist die Verankerung der Schuldenbremse in der Verfassung, so wie bereits in den meisten Bundesländern erfolgt, ein Muss. Wir, die AfD-Fraktion, haben Ihnen, sehr geehrter Herr Finanzminister Lienenkämper, unsere Unterstützung zugesagt.

Zum Klimawandel: Hier werden Milliarden Euro effektiv verschwendet bzw. die Bürger zukünftig ständig steigend belastet, was in Nordrhein-Westfalen zu Beeinträchtigungen der Finanzen führen wird.

0,04 % der Atmosphäre besteht aus CO₂. Deutschland produziert 2,2 %, hat also insgesamt einen lächerlichen Anteil von 0,0009 %. Diesen wollen wir aber mit einem riesigen finanziellen Aufwand von bundesweit über 50 Milliarden Euro reduzieren.

Aber wie sagt Herr Bundesfinanzminister Scholz so beruhigend zum verabschiedeten Klimaprogramm? Ich zitiere: Alles zusammen also ein Paket, das dazu beitragen wird, dass der Klimawandel aufgehalten werden kann. – Das ist grotesk und nicht generationengerecht.

(Beifall von der AfD)

Da unser verkehrspolitischer Sprecher Nic Vogel leider erkrankt ist, erlauben Sie mir an dieser Stelle bereits einige Worte zu den fahrlässig unterlassenen Investitionen in die Infrastruktur von Nordrhein-Westfalen. Was hier geschieht, ist ebenfalls nicht generationengerecht. Marode Straßen, teilweise antiquierte Schleusen und die Blockierung der schonenden Erweiterung der Flughafennutzung in Düsseldorf passen nicht zu dem konsequenten Weg eines Aufsteigerlandes.

Der Etat des Finanzministers sieht für den entsprechenden Neu- und Ausbau 52 Millionen Euro vor, für den Ausbau der Radverkehrswege 47 Millionen Euro und für den Ausbau den ÖPNV 1,8 Milliarden Euro. Die Fahrradlobby verlangt 1.000 km neue Rad-schnellwege, Elektrostationen und die Mitnahme von Fahrrädern im Nahverkehr. Ziel ist es, den Anteil von 8 auf 25 % zu erhöhen und das in einem Radfahrge-setz zu regeln, was auch zwischenzeitlich schon von

der Koalition beschlossen wurde. Wissen Sie was? Es fehlt nur noch die Subvention von Rikschas.

Deutlicher können Prioritäten nicht gesetzt werden. Es ist zwischenzeitlich ein Kulturkampf gegen das Auto entbrannt. Täglich pendeln 313.000 Menschen nach Düsseldorf ein, und 106.000 verlassen die Stadt. Laut unserem NRW-Verkehrsminister gab es 2018 117.000 Staukilometer. Der ADAC geht von 486.000 aus.

Wie dem auch sei: Düsseldorfs Oberbürgermeister, Herr Geisel, ...

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Herbert Strotebeck (AfD): Ja.

... ist natürlich mit seinen irrwitzigen Umweltschäden dabei und sorgt für ein tägliches Dauerchaos im Berufsverkehr.

Wo bleibt hier Maß und Mitte? Und wie soll uns das zu einem Aufsteigerland führen?

Den Einzelplänen 01, 13 und 16 werden wir aber zustimmen. Dem Haushalt insgesamt kann die AfD nicht zustimmen. Er ist leider nicht, wie angekündigt, generationengerecht. – Vielen Dank.

(Beifall von der AfD)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Abgeordneter Strotebeck. – Für die Landesregierung hat jetzt Herr Minister Lienenkämper das Wort.

Lutz Lienenkämper, Minister der Finanzen: Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Liebe Frau Kollegin Düker, Ihre Ausführungen heute in der zweiten Lesung waren, muss ich gestehen, frei von Überraschungen. Die Forderungen kann ich ungefähr so zusammenfassen: mehr Ausgaben, mehr Investitionen, mehr Schuldentilgung. Alles zusammen ist dann nachhaltig finanziert durch mehr Steuereinnahmen, die vom Himmel fallen, durch mehr Ertragskraft, die wir einfach so generieren, oder durch etwas, was offenkundig dem gesamten Haus ein Geheimnis bleiben muss.

Frau Kollegin Düker, das ist klassische oppositionelle Haushaltspolitik, hilft dem Land Nordrhein-Westfalen aber leider nicht weiter.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Das wäre noch gar nicht so schlimm; man könnte es als sportlichen Austausch bezeichnen. Das größere Problem ist, dass Sie ungefähr diese oppositionelle Haushaltspolitik in Ihrer Regierungszeit als Regierungspolitik verwirklicht haben. Das Ergebnis sind

144 Milliarden Euro Schulden für Nordrhein-Westfalen. Trotzdem haben wir die rote Laterne bei Bildung, bei innerer Sicherheit, bei Infrastruktur. Diesem Land ist es bei höchsten Schulden schlecht gegangen, als Sie wegen Ihrer Haushaltspolitik abgewählt worden sind.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen machen wir einen Haushalt von Maß und Mitte. Dass Sie das nicht gutheißen können, kann ich verstehen. Bei Ihnen fehlen sowohl Maß als auch Mitte.

Unser Haushaltsentwurf gleicht die vielen Anforderungen, die an ihn zu stellen sind, aus. Wir finden uns nicht länger damit ab, dass wir in Nordrhein-Westfalen wirtschaftliche Chancen ungenutzt lassen. Wir trauen den Menschen in Nordrhein-Westfalen wieder etwas zu und unterstützen sie dabei mit ganz gezielten Investitionen.

Ich will einige Zahlen in Erinnerung rufen. Seit unserer Regierungsübernahme haben wir bereits 1,3 Milliarden Euro zusätzlich für die dringend notwendige Digitalisierung, für Innovation und für Infrastruktur in Nordrhein-Westfalen zur Verfügung gestellt. Über die gesamte Legislaturperiode hinweg werden es fast 3 Milliarden Euro sein.

Weil der Ausbau der Digitalisierung sträflich vernachlässigt wurde, weil Sie aufgehört haben, Straßen zu bauen, weil das schwierig ist und es möglicherweise Debatten geben kann, weil Sie in unsere Infrastruktur nicht mehr investiert haben, weil Sie offenkundig einen fließenden Verkehr in Nordrhein-Westfalen nicht wollten, weil Sie Versäumnis an Versäumnis gereiht haben, müssen wir das reparieren.

(Beifall von der CDU und der FDP – Michael Hübner [SPD]: Wir haben Ihnen erst einmal das Geld dafür besorgt, das Sie jetzt ausgeben können!)

Auch, dass wir das Mantra der Vorgängerregierung „Nie, nie, nie Berlin“ aufgegeben haben, war offenkundig gar nicht falsch – Stichwort „Zukunft des Rheinischen Reviers“. Nur deswegen, weil Ministerpräsident Armin Laschet, Minister Andreas Pinkwart und wir alle wahnsinnig viel in Berlin verhandelt haben, weil wir die Stärke Nordrhein-Westfalens eingebracht haben und weil unsere Regionen dazu gute Vorschläge gemacht haben, die auch wirklich realitätsnah und umsetzbar sind, haben wir einen so großen Verhandlungserfolg erzielt.

Nordrhein-Westfalen wird bei der Zukunft des Rheinischen Reviers – beim ersten Strukturwandel, bei dem wir endlich die Strukturänderungen subventionieren und nicht mehr in alte Technologien investieren –,

(Michael Hübner [SPD]: Wann soll das so gewesen sein?)

dank des Verhandlungserfolgs und dank der klugen Ideen aus den Regionen profitieren. Wir stellen das sicher. Sie hätten Politik der Vergangenheit gemacht.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zum Thema „Batteriezellenfabrik der Zukunft in Münster“: Batterietechnik ist eine der zukunftsweisenden Technologien bei der Energiewende und darüber hinaus. Wir haben eine Haushaltspolitik gemacht, mit der wir quasi in Wochen die Chance haben, dafür 50 Millionen Euro zur Verfügung zu stellen. Hätten wir das nicht getan und Ihren Haushalt gehabt, wäre die Batteriezellenfabrik jetzt nicht in Münster. Sie ist in Münster – ein großer Verhandlungserfolg dieser Regierung – wegen der Stärken unseres Landes. Wir haben Professoren an der Universität in Münster, die das leisten. Wir haben im Gegensatz zu Ihnen dafür gesorgt, dass diese Forschungsinstitute bestehen bleiben können und Perspektive haben. Wir haben damit einen Erfolg erreicht. 50 Millionen Euro sind die Zahl dafür.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Zum Thema „Gründerinnen und Gründer in Nordrhein-Westfalen“: Gemeinsam mit der NRW.BANK stellen wir fast eine Viertelmilliarde Euro zur Verfügung. Berlin ist nicht mehr Gründerland Nummer eins, sondern Nordrhein-Westfalen. Das ist gut so, und das muss auch so weitergehen.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Ganz falsch kann das auch nicht sein. Eine wichtige Zahl für Sie: Die Beschäftigtenzahlen in Nordrhein-Westfalen wachsen endlich wieder schneller als im Rest der Republik.

(Sarah Philipp [SPD]: Und was haben Sie damit zu tun?)

Das Leibniz-Institut des RWI hat das gerade gestern bestätigt: Für Nordrhein-Westfalen werden 120.000 neue Jobs erwartet.

Das ist auch deswegen so, weil es gute Rahmenbedingungen gibt, vor allen Dingen aber deshalb, weil Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer hier gut ausgebildet sind und gut arbeiten, weil Unternehmer Ideen haben und weil wir sie diese Ideen wieder umsetzen lassen. Wir ermöglichen, und wir trauen zu. Das hat sich auch im Ergebnis offenkundig ausgezahlt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Wir finden uns auch nicht länger damit ab, dass Familien von der Kita bis zur Hochschule immer öfter erfahren müssen, dass es mit der Bildung bergab geht. Wir investieren zusätzlich 6,8 Milliarden Euro in die Bildung – in die frühkindliche Bildung, in die Schulen, in die Hochschulen. Wir werden insgesamt über die Legislaturperiode 15,6 Milliarden Euro in die Bil-

zung stecken. Davon sind 2,1 Milliarden Euro in diesem Haushaltsentwurf enthalten. Wenn Sie das jetzt auch noch kritisieren wollen, dann muss ich Ihnen einen Preis für Fantasie geben.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Unter dem Strich ist das eine Bildungspolitik, die allen die Chance zum Aufstieg gibt, die Aufstieg in Nordrhein-Westfalen wieder ermöglicht.

Meine Damen und Herren, wir finden uns auch nicht länger damit ab, dass die Menschen in Nordrhein-Westfalen sich unsicher fühlen, wenn sie abends – oder sogar am helllichten Tage – vor die Tür gehen. Wir schaffen mehr Sicherheit für unsere Bürgerinnen und Bürger. Seit unserer Regierungsübernahme haben wir 1,4 Milliarden Euro zusätzlich in die innere Sicherheit Nordrhein-Westfalens investiert; dabei sind die Justizausgaben noch nicht eingerechnet. 3,1 Milliarden Euro werden es bis zum Ende der Legislaturperiode sein.

Wenn Nordrhein-Westfalen wieder aufsteigen soll, ist eine der Grundvoraussetzungen dafür, unsere Sicherheit endlich so zu organisieren, dass die Bürger wieder Vertrauen darin haben können. Mehr Polizisten auf der Straße, Verwaltungsassistenten, endlich wieder durchgreifen, Clankriminalität bekämpfen: Das ist die richtige Politik.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Alles das sind strukturelle Investitionen für das Aufsteigerland Nordrhein-Westfalen, aber – und das sage ich in aller Deutlichkeit – ohne Pump und neue Schulden. Wir stemmen alle diese Investitionen ohne neue Schulden. Wir belasten nicht unsere Kinder und Enkel mit neuen Schulden, die wir heute aufnehmen würden, um unsere Politik zu finanzieren. Wir machen das ohne Schulden und haben schon 560 Millionen Euro Schulden zurückgezahlt. Das ist unsere Politik: solide und verantwortlich.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Deswegen haben wir es auch schaffen können, die Steuermindereinnahmen aus der Steuerschätzung für den laufenden Haushalt 2019 und auch für den Haushalt 2020 zu kompensieren.

(Michael Hübner [SPD]: Zulasten der Kommunen!)

Meine Damen und Herren, wenn Sie keine Vorsorgetreffen und in den Zeiten, in denen gute Steuereinnahmen vorhanden sind, nicht die Freiheit und die Möglichkeiten für die Zukunft schaffen, machen Sie genau die Politik, die Sie in der Vergangenheit gemacht haben und die uns in der Bundesrepublik Deutschland an das Ende vieler Vergleichsstatistiken gebracht hat.

Aufstieg und Chancen für unser Land gehen anders, nämlich so, wie im Haushalt 2020 niedergelegt.

(Beifall von der CDU und der FDP)

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Minister Lienenkämper. – Für die SPD-Fraktion hat nun noch einmal Herr Kollege Zimkeit das Wort.

Stefan Zimkeit* (SPD): Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Lienenkämper, Sie haben doch das Land an das Ende der Liste des Schuldenabbaus geführt. Das steckt hinter der Vergleichsstatistik. Sie haben versprochen, Schulden abzubauen, und schaffen das jetzt nicht mehr. Das ist doch die Wahrheit.

(Zuruf von Josef Hovenjürgen [CDU])

Ich habe davon gesprochen, dass diese Koalition abgehoben ist. Herr Moritz hat es bewiesen. Sich hier hinzustellen und zu sagen, 10.000 Erzieherinnen, die gegen das KiBiz demonstriert haben, hätten alle keine Ahnung, sondern nur die CDU habe Ahnung, ist eine Missachtung und ein Skandal. Das zeigt, wie abgehoben Sie sind.

(Beifall von der SPD)

Herr Witzel, Sie haben davon gesprochen, Nichthandeln sei Machtmissbrauch. Altschuldenfonds, Integrationspauschale, A14, Sozialindex, Investitionen: Sie handeln nicht.

(Zuruf von Daniel Sieveke [CDU])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Die Redezeit.

Stefan Zimkeit* (SPD): Ihrer Logik folgend sind Sie die Koalition des Machtmissbrauchs, weil Sie nicht handeln.

(Beifall von der SPD – Zuruf von Henning Höne [FDP])

Vizepräsidentin Carina Gödecke: Vielen Dank, Herr Kollege Zimkeit. – Gibt es weitere Wortmeldungen? – Das ist nicht der Fall. Dann schließe ich an dieser Stelle die Aussprache im Rahmen der Grundsatzdebatte.

Wir kommen zur Abstimmung über den Einzelplan 12. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8012, den Einzelplan 12 unverändert anzunehmen. Damit stimmen wir jetzt über den Einzelplan 12 selbst und nicht über die Beschlussempfehlung ab. Wer also dem Einzelplan 12 seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die CDU-Fraktion und die FDP-Fraktion. Wer stimmt dagegen? – Die SPD-Fraktion, die Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und die AfD-Fraktion sowie der fraktionslose Abgeordnete Nepe. Ich frage korrekterweise auch, ob es

Enthaltungen gibt. – Das ist nicht der Fall. Dann ist der **Einzelplan 12** mit dem festgestellten Abstimmungsergebnis **in zweiter Lesung angenommen**.

Wir haben auch über die **Finanzplanung 2019 bis 2023** debattiert. Der Haushalts- und Finanzausschuss empfiehlt in Drucksache 17/8019, die Finanzplanung 2019 bis 2023 zur Kenntnis zu nehmen. Wenn dem niemand widerspricht – das ist der Fall –, stelle ich fest, dass die **Kenntnisnahme** erfolgt ist.

Ich weise darauf hin, dass wir die Abstimmungen über den Einzelplan 20, die dazu bereitliegenden Änderungsanträge, den Text des Haushaltsgesetzes 2020 und dessen Anlagen sowie das Gemeindefinanzierungsgesetz 2020 erst, wie angekündigt, morgen nach Abschluss aller Einzelpläne vornehmen werden. Wir werden dann auch über die Rücküberweisung der vorgenannten Gesetzentwürfe zur Vorbereitung der dritten Lesung entscheiden.

Der Präsident hat zu Beginn bereits mitgeteilt – ich wiederhole das aber gerne noch einmal –, dass das Haushaltsbegleitgesetz 2020 nur zwei Lesungen benötigt. Ich weise vorsorglich darauf hin, dass die Abstimmung in zweiter Lesung bis zur Abstimmung des Haushaltsgesetzentwurfes in dritter Lesung zurückgestellt wird.

Nach diesen Hinweisen zu den Abstimmungen rufe ich auf:

Einzelplan 03 Ministerium des Innern

Beschlussempfehlung und Bericht
des Haushalts- und Finanzausschusses
Drucksache 17/8003

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7972

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7973

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7974

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7975

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7976

Änderungsantrag
der Fraktion der AfD
Drucksache 17/7977

Die Änderungsanträge der Fraktion der AfD sind meines Wissens gerade alle im Plenarsaal verteilt worden.

Ich eröffne die Aussprache. Als erster Redner hat für die SPD-Fraktion Herr Kollege Ganzke das Wort.

Hartmut Ganzke (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir diskutieren jetzt um Viertel nach elf den Einzelplan 03. Wir diskutieren den Haushaltsplanentwurf, den die Landesregierung hier für den Bereich des Ministeriums des Innern vorgelegt hat, das Aufwendungen dafür erhält, dass wir alle – egal, ob Abgeordnete, Minister, Seniorinnen und Senioren, Kinder, Jugendliche oder Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer, also alle Einwohnerinnen und Einwohner in Nordrhein-Westfalen – uns sicher fühlen können. Das ist dieser Einzelplan, den wir hier diskutieren.

Im Wesentlichen geht es in diesem Einzelplan 03 um Fragen der inneren Sicherheit, der Feuerwehr und des Katastrophenschutzes in unserem Bundesland Nordrhein-Westfalen. Hinter diesen meist nackten Zahlen, die in einem Haushaltsplan immer wieder aneinandergereiht werden, stehen auch Entscheidungen für die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen.

Selbst als Oppositionspolitiker halte ich fest, dass hier einiges für die innere Sicherheit in Nordrhein-Westfalen getan wird. Ich erinnere daran, dass gerade auch der Finanzminister hier den Wunsch nach mehr Polizei auf der Straße geäußert hat. Liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Innenminister, wir werden Sie natürlich daran messen, dass mehr Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte auf die Straßen in Nordrhein-Westfalen kommen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen insbesondere von den regierungstragenden Fraktionen, ich sage Ihnen aber auch klar und deutlich: Auch in den vergangenen Jahren wurde vieles getan, um die Sicherheit in Nordrhein-Westfalen zu gewährleisten. Gleich wird der geschätzte Kollege Dr. Katzidis ans Redepult treten. Ich weiß nicht, was er sagen wird. Möglicherweise wird er hier behaupten, dass in Nordrhein-Westfalen erst seit dem Sommer 2017 wieder eine Sicherheitslage herrscht, die es den Menschen ermöglicht, hier sicher zu leben. Es kann allerdings auch sein, dass er dazugelernt hat und das nicht tun wird. Wenn er es aber tut, dann wird es genauso falsch sein wie immer. Sie haben das ja auch im Innenausschuss in den letzten zwei Jahren immer wiederholt, Herr Kollege Dr. Katzidis.

(Beifall von der SPD – Vereinzelt Beifall von den GRÜNEN)

Ich will Ihnen auch genau sagen, warum es falsch wäre, wenn Sie das behaupten würden.

(Zuruf von Marc Lürbke [FDP])